

### Hunger und Schläge für Schulkinder

(Arbeiterkorrespondenz 1090)

Sehen Sie besonders Mutter eines Krüppelchen in der Schreie Straße, seines Zeichens Schulleiter in der hiesigen Volksschule. Folgender Bericht verdient der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. Ein Kind, das älteste von vier Geschwister, dessen Vater des Öfteren unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat, aber ungeliebt jede Wochen arbeitet, nimmt an der Quaderprüfung in der Schule teil. Eines Tages fordert der Herr, daß das Kind 30 Pfennig mitzubringen habe, andernfalls es kein Essen erhalte. Da der Vater über das Geld bei dieser Notzeit nicht hat, schickte er seine, zumal Kinder anderer Einwohner, die nur ein oder zwei Kinder haben, ebenfalls kostenlos an der Spielung teilnehmen. Da das Kind auf nochmalige Aufforderung kein Geld mitbrachte, durfte es auch an der Spielung nicht mehr teilnehmen. Schließlich verging sich dieses Kind eines Kobaltes in robbeliger Weise an dem Kinde, indem er es mehrere Male ins Gesicht schlug, mit dem Bemerkten, es habe ihn belogen und hintergangen. Es sei in der Spielung dabei gewesen. Das Kind war nicht dort, was auch die anderen Kinder bezeugten. Als die Mutter des Kindes mit diesem Lehrer aus dem „Dritten Reich“ Rücksprache nehmen wollte über diese Angelegenheit, sagte er: „Ich habe ihm eine große und wenn ihnen das nicht paßt, machen Sie das selbst aus.“ Diese Angelegenheit wird natürlich andere Inhaber auch noch beschäftigen. Arbeiter, laßt eure Kinder nicht von solchen schändlichen Kackern mißhandeln, kämpft mit allen Mitteln gegen die in verantwortliche Schulleitung und prangert diese Verhöhnung der Erziehung an. Die dieser Gesellschaft das Handwerk gelegt ist.

### Gummiknäppel-Winterhilfe in Brand-Erbisdorf

(Arbeiterkorrespondenz 1048)

Nachdem bereits in der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums einstimmig der kommunistische Antrag, lautend auf sofortige Durchführung ausreichender Winterhilfsmassnahmen zugunsten der notleidenden werkschließenden Angehörigen und bis jetzt leitens des SPD-Bürgermeisters Schönerer abfolat nichts Volltates unternommen wurde, um diesen Beschluß auch in die Tat umzusetzen, fand nun am Donnerstag, dem 15. 12., erneut eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Nun war zwar aus der Tagesordnung dieser Sitzung nicht ersichtlich, daß erneut die Frage der Winterhilfsforderungen zur Sprache kommen sollte, trotzdem wurde mit großem Andrang der Werkschließenden zur Sitzung zu rechnen, denn mehr und mehr erkennen die Proleten, daß es nicht darauf ankommt, daß die Stadtverordnete schon Beschlüsse im Parlament fassen, sondern daß es darauf ankommt, diesen Beschlüssen den nötigen außerparlamentarischen Nachdruck zu verleihen. Der Bürgermeister erbat sich um den Antrag abzuwachen, damit nicht zu viel Proleten die persönliche Rolle der SPD erkennen. Eintrittskarten für die Sitzung auszugeben. Aber diese Anordnung des Bürgermeisters fiel ins Wasser, und zwar durch den kommunistischen Stadtverordnetenpartei, den Genossen Schwegler, der sich auf den § 15 der Gemeindeordnung berief, wonach bei öffentlichen Sitzungen die volle Öffentlichkeit gewahrt bleiben muß und so viel Zuhörer eingelassen werden müssen, wie im Raume Platz haben.

Aber eine andere weit größere Unberechnung erlebten die Zuhörer dadurch, daß, als sie zur Sitzung gehen wollten, die Tür des Rathauses verschlossen war und daß zum Öffnen aller die Polizeiwache mit besonderer Bewachung und Wache beordert war. Darüber herrschte große Empörung, denn nach der geringsten Kritik richtiger die Verengung (sonstige) der Öffentlichkeit. Nachdem nun die öffentliche Stadtverordnetenversammlung net und in trauriger Einzelstunde von SPD die Nacht bestrahlte, war, in Zukunft höchstens noch 45 Zuhörer zu den Sitzungen zuzulassen, kam ein Antrag der Kommunisten zur Verlesung, welcher die sofortige Entfernung der fremden Polizei aus dem Rathaus mit der Begründung forderte, daß keinerlei Anlaß besteht, fremde Polizeitruppe nach Brand-Erbisdorf hinzuschicken. Hierüber große Empörung im Lager der SPD, die durch die Begründung des Antrages durch den Genossen Schwegler unangenehm verwickelt wurde. So groß war die Verwirrung, daß die einzelnen SPD-Berater nicht mehr wußten, was geboten und gelassen war, denn während SPD-Kommunisten erklärten, daß die SPD habe überhaupt nicht an der Abstimmung teilzunehmen, gab Herr C. Meier eine Erklärung ab, die SPD habe für ein SPD-Antrag gestimmt. Nun sah sich auch Vagabunden gezwungen, zwar unangenehm leidend und nur distanziert von der Vorrede der Rebellion keiner in größerer Zahl als Zuhörer anwesenden Parteigenossen, anzuführen, daß die SPD für den Antrag sei und keine Ursache habe, unter Polizeibewachung zu tagen.

#### SPD-Schönerer hat die Polizei geholt

Unter Antrag wurde angenommen, die Bürgerlichen stimmten dagegen. Der Polizeichef beantragte nun den anwesenden trauernden Bürgermeister, sofort für die Durchführung des Beschlusses Sorge zu tragen. Aber auch dieser erklärte, er habe nichts zu tun, er könne das nicht tun, weil er die Polizei nicht anrufen habe und auch nicht wisse, wer es getan habe. Er lehnte die Durchführung weiter deshalb ab, weil die SPD nicht für den Antrag gestimmt habe, eine Mehrheit also nicht erzielt sei. Hiermals sah sich C. Meier gezwungen, namens der SPD zu erklären, sie habe für den Antrag gestimmt. Möglich hätte der Herr Bürgermeister Schönerer die SPD-Stadtverordneten mit ihr Bürgermeister Schönerer habe die Polizei angefordert. Eine ungeheure Empörung bemächtigte sich der Zuhörer, die den neuen Bericht des SPD-Bürgermeisters und dessen Verhalten aus. Es kam sogar so weit, daß einzelne SPD-Berater unter Betreuer Schwegler antraten.

### Polizei gegen Genossenschaftsmitglieder

Die Genossenschaftsbürokratie mobilisiert gegen Genossen Friedel

Die Genossenschaftsopposition freilich veranfaßte am Montag eine Mitgliederversammlung im Sächsischen Werk. Scheinbar auf Ermahnung der Genossenschaftsbürokratie kontrollierte die Polizei am Saaleingang, ob nur Mitglieder der Genossenschaft die Bestimmung besaßen. Man brachte es sogar fertig, dem Genossen Friedel, der als Referent bestimmt war, den Zutritt zu verweigern. Diese Handlungswiese zeigt, welche Angst die Genossenschaftsbürokratie vor einer Enttarnung ihrer kapitalistischen Methoden gegenüber den Genossenschaftsmitgliedern hat. Die Versammlung beschloß dann, dieselbe Versammlung im Januar noch Aufhebung des Furgfriedens noch einmal durchzuführen. Die Versammlung protestierte aufs Schärste gegen den willkürlichen Ausschluß Friedels aus der Genossenschaft. Besonders hervorgehoben muß werden, daß Genosse Friedel in Genossenschaftsversammlungen in Dresden jederzeit ohne irgendwelche Schikanen leitens der Polizei sprechen durfte.

Arbeiterwerblosen oder Rentner wegen einer Kohlen- oder Winterhilfe kommt, da ist kein Geld da.

Direkt formlich wird die Forderung dieses Herrn Amtshauptmannes, wenn er schreit, im Interesse der Bilanzierung des Haushaltsplanes der Gemeinde sei die Abberentung der neuen Kuratormittel notwendig. Wir Kommunisten legen Solange dieses kapitalistische Profitgierem an der Macht ist, werden sie ihre Forderungen nicht zurückziehen. Nur im freien sozialistischen Deutschland werden diese Klassenunterschiede ausgerottet werden!

### SPD in Kammenau fordert Pfändung der Bürgersteuer

In der Gemeindevertretung vom 8. Dezember sagte sich wieder einmal klar und deutlich die Rätefraktion der SPD. Von Beschluß in der Sitzung einstimmig auf Antrag der SPD, unseren Genossen auf zwei Monate von jeder Sitzung auszuscheiden, weil er es gewagt hatte, arbeiterfeindliche Beschlüsse, die in einer nichtöffentlichen Sitzung gefaßt worden waren, der Arbeiteröffentlichkeit von Kammenau mitzuteilen. In dieser nichtöffentlichen Sitzung hatten nämlich SPD und Bürgerliche den Antrag gestellt, die Bürgersteuer rückständig mit dem Mittel der Pfändung einzutreiben. Ihre Mut darüber, daß dieses mißbermittelte Verhalten an die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist in diesem Bericht, unseren Genossen auf zwei Monate herauszuschmeißen, vergrößert. Natürlich wird sich dieser nicht davon abhalten lassen, zur ersten Sitzung des neuen Parlaments zu erscheinen.

### an, den Beschluß in die Tat umzusetzen

unter diesen Umständen die Kommunisten an dieser Sitzung nicht unter dem Gummiknäppelband hand, nicht weiter teilnehmen konnten. Er erklärte deshalb der Genosse Schwegler im Namen der SPD-Fraktion: „Wir Kommunisten nehmen erst dann an der Sitzung wieder teil, wenn der gefaßte Beschluß auch durchgeführt wird und die fremde Polizei aus dem Rathaus vertrieben ist.“ Der stellvertretende Bürgermeister verließ weiter in ablehnender Haltung und Genosse Schwegler sollte die Polizei auf.

Weiterhin wurde eine Protestresolution gegen das Urteil des Chemnitzer Kreisgerichts gegen den Arbeiter Satz angenommen. — Am nächsten Tage brachte die Volkszeitung in einem kurzen Artikel einen Bericht über diese Versammlung. Sie schreibt, daß die Polizei die Mitglieder kontrollierte, ob sie Mitglieder der Genossenschaft sind und daß sich da herausstellte, daß gerade der Redner, Kommunist Friedel aus Dresden, nicht mehr Mitglied der Genossenschaft sei. Er mußte daher die Versammlung verlassen. Es ist kennzeichnend, daß die Volkszeitung schreibt, „nicht mehr Mitglied der Genossenschaft“, obwohl sie weiß, daß Genosse Friedel von der Genossenschaftsbürokratie ausgeschlossen wurde. Bekräftigt deshalb die resolutionäre Arbeit in der Genossenschaft!

### „Millionärstrauen treiben ab . . .“

Treiben Millionärstrauen wirklich ab? Natürlich! Haben sie doch alle Voraussetzungen, nicht nur, wenn es ihnen gefällt, abzutreten, sondern auch diese Abtreibungen zu vorzunehmen, das gar keine oder zumindest ganz minimale Schadigungen ihrer Gesundheit erfordern. Für ein paar „lumpige“ Tausendmarktscheine ist für diese Paradiesen der Reichtümer alles zu haben: Reichweite, ganz erst, komfortable Privatskizzen, fast gänzlich schmerzlose Behandlung, Erholungsaufenthalte in internationalen Kurorten, ja, sogar Erziehung! Vor allem das letztere ist für Millionärstrauen eine Selbstverständlichkeit.

Es mutet deshalb wie ein überflüssiges, wenn die Freitaler Volkszeitung vom 16. 12. in einem Landtagsbericht folgendes schreibt: „Der kommunistische Antrag wollte alle Verträge gegen § 218 — also auch die der Millionärstrauen — annullieren.“ Eindeutlich der Millionärstrauen . . .“ „U das nicht zum Leben?“ „Wo haben jemals Millionärstrauen vor dem bürgerlichen Klagengericht geklagen? Niemals! Statt dessen aber immer Protesten und -märsche, die ihre antilegale Haltung dazu gegeben hat, ihren Leib der Gefahr einer aus Geldmangel weß von Millionen vorgekommenen unangenehmen Abtreibung auszuliegen! Und eben deshalb, weil die Frauen, die wegen Verstoß gegen den § 218 hinter Kerkermauern schmachten, immer Arbeiterstrauen sind, der kommunistische Antrag. Die SPD will durch eine solche gemeine Unterdrückung, daß wir für Millionärstrauen seien, den konsequenten Kampf der Kommunisten gegen § 218 in den Augen der sozialdemokratischen Arbeiterstrauen demokratisieren und ihre eigene schändliche Rolle vornehm auf diesem Gebiet vertuschen. Das wird ihnen aber nicht gelingen! Auch die SPD-Frauen werden mit ihren kommunistischen Klagengefilen den härtesten Kampf gegen den Scheinparagrafen 218 weiter führen!

### Fürsorgeamt bestraft!

Am 30. Mai 1931 wurde, wie einmündlich, die Kasse des Fürsorgeamtes (seiner Zeit Scheunhofstraße) wegen Ablehnung von Geldern von Erwerbslosen beschlagnahmt. Wegen dieses Beschlusses wurde ich vom Gericht freigesprochen. Nach sechs 1/2 Jahren sollte die Fürsorge einen Reibebetrag von 107,97 Mark seit und für diesen Reibebetrag soll ich nun haften. Mir also am 8. 12. 1932 folgender Befehl zu:

Zufolge Anordnung der Amtsleitung des Fürsorgeamtes ist die Unternehmung für Ihre Kamille von nächster Woche ab auf 8 Mark wöchentlich festzusetzen. Von diesem Betrage wird allwöchentlich 1 Mark zur Bedienung des fürsorgeamtlichen nach Ihr Verhalten vom 30. 5. 1931 entfallenden Scheinens von 107,97 Mark innebehalten. In daß also wöchentlich 7 Mark zur Auszahlung kommen.“

Dem Gericht war ich also freigesprochen worden. Das Fürsorgeamt aber will mich bestrafen. Mir wöchentlich 7 Mark soll ich nun mein Leben fristen können. Wie Erwerbslosen müssen alle gegen solche Maßnahmen fest zusammenhalten!

### Wozu Geld da ist

Wiederholung. In der letzten Gemeindevertretung sagte es sich, daß das Geboten, es sei kein Geld in den Gemeinden, sofort aufhöre, wenn es gilt, die Diener dieses Staates gut zu bezahlen. Die neu zu behebende Bürgermeisterei sollte nach der Gehaltsliste 1100 mit einem Anfangsgehalt von 3600 Mark und dem Endgehalt von 5400 Mark ausgeschrieben werden, dazu kommt noch ein ganz hübsches Stimmchen Wohnung- und Kindergehalt. Der Herr SPD-Amtshauptmann hat nun nichts Geringeres zu tun, als dagegen Einspruch zu erheben und verlangt Eintragung nach der Klasse 11a, was 400 Mark mehr Gehalt jährlich ausmacht.

Wie wenn es gilt, einen Bürgermeister zu bezahlen, da ist Herr Rahmann schnell dabei, aber sobald ein Antrag der Wohl-

Die Arbeiterzeitung erhebt auch aus dem Verlauf dieser Sitzung, daß sie nur durch außerparlamentarische Aktion gegen Lohn- und Unterdrückung, gegen Steuerbedrückung den Arbeiterfeinden in die Hände fallen kann.

### Erwerbslose marschieren gegen Hunger und Frost

(Arbeiterkorrespondenz 1049)

Brand-Erbisdorf. Immer mehr werfen die Arbeiter parlamentarische Klagen über Ford. Das zeigen auch folgende Tatsachen:

In den letzten Stadtverordnetenversammlungen stellen die Kommunisten eine Reihe von Erwerbslosenforderungen. Damit diese Forderungen auch erfüllt werden, beriefen die Erwerbslosen von sich aus eine Versammlung zur Information über den Stand der Dinge ein. Am Freitag, dem 9. Dezember, fand nun diese Versammlung statt. Dort wurde beschlossen, daß die Erwerbslosen auf das Rathaus gehen sollten, 150 bis 200 Erwerbslose leichten dem auch Folge, damit so der Bürgermeister gezwungen werden sollte, sich mit der Durchführung der Forderungen zu fassen. Der Bürgermeister versprach in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Sache behandeln zu lassen. Die Sitzung fand am Montag, dem 12. Dezember, statt.

An diesem Tage fanden sich nachmittags erneut die Erwerbslosen zu einer Versammlung zusammen und beschloßen, eine Delegation zu die Stadtverwaltung am Abend zu entsenden und selbst auf dem Marktplatz zur Befristung der Forderungen zu erscheinen. Um 19 Uhr fanden sich 100 Erwerbslose neben den drei Delegierten ein. Auf einmal wurde bekannt gegeben, daß die Sitzung erst um 20 Uhr stattfinden. Es wurde 20 Uhr, es wurde 20,30 Uhr, und noch immer begann die Sitzung nicht. Der Bürgermeister hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Er war angeblich in Stadtgeschäften unterwegs. (?) Jedenfalls liegt aus diesem Grunde die Sitzung aus.

Wahrscheinlich glaubte man, daß an einem anderen Tage weniger Erwerbslose zur Stelle sein würden. Unter Abhängen revolutionärer Lieber gegen die Erwerbslosen ab.

Am Dienstagabend fand nun die Sitzung statt. Auch an diesem Tage versuchte die Stadtverwaltung mit neuen Wandern die Erwerbslosen zu provozieren. Für 19 Uhr war die Sitzung angelegt und fand erst um 20 Uhr statt.

200 Erwerbslose hatten um diese Zeit den Marktplatz besetzt und warteten auf den Polizeichef. Sie mußten erfahren, daß in trauriger Gemeinschaft SPD und bürgerliche Stadträte gegen das Handeln der Erwerbslosenkommission gekämpft hatten und daß die Anträge dem Bezirksamt in Freiberg und damit der Kammer ausgestellt wurden. Unter den Erwerbslosen herrschte große Empörung, sie sich in kurzen Protesten ausließen. Es wurde ein Demonstrationsschritt in Stärke von über 200 Erwerbslosen, der sich verisierbar Stunde lang Brand-Erbisdorf demonstrierte.

Trotz Junge fremder Polizei waren bis 23,30 Uhr einzelne Truppen der Demonstranten auf der Straße. Tagelang konnten auch die Polizeiführer nichts machen.

Der einzige Ausweg AUS ELEND, NOT, SKLAVEREI! DIESE BROSCHÜRE In jede Hand! 10 PF.

Arbeiter! Diese ganze Polizeigeldscheine war eine unachtbare Prossession! Die einzelnen kommunistischen Funktionäre hatten richtig vorgeplant werden. Also hat der Herr Kommissar fäulnisbeide geben. Das Scheitern an dem mühseligen Verhalten der Proleten. Arbeiter! Wenn aus diesen Geldscheinen schließt auch selber zusammen, gibt den SPD-Führern die richtige Antwort. Kämpft mit der SPD gegen Hunger und Frost!

### Was verjährt — wann?

In den Paragraphen 194 bis 225 des Bürgerlichen Gesetzbuches gibt es eine Menge Verjährungsbestimmungen. Die meisten kennen auch nur jeden Arbeiter, Angestellten und Kleinrentner treibenden von bestimmter Wichtigkeit kein kann.

An und für sich beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist 30 Jahre. In dieser Zeit verjähren z. B. Ansprüche aus dem Standigen Künftigen, Künftigen, Kompositionen, Kompositionen, Gelangensleihen, Mitlehnen, Vortragskündigen, Vortragskündigen, allgemeine Darlehensforderungen und die Ansprüche aus dem Verfallenen Schuldschein. Daragen verfallen regelmäßig wiederkehrende Ansprüche, z. B. Unterhaltsrenten, schon in vier Jahren der Verjährung.

In zwei Jahren verjähren u. a. die Ansprüche:

1. aller im Privatdienst stehenden Personen wie Handlungsgehilfen, Angestellten aller Art, Hauslehrer, Schulpfleger usw. wegen des Gehalts, Lohnes und anderer Dienstleistungen der gewöhnlichen Arbeiter, Gelehrten, Schülern, Lehrlingen, Fabrikarbeiter, der Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes oder anderer an Stelle des Lohnes vertriebener Leistungen.
2. der Verträge jeder Art, der Gebarmen und Kantenrenten.

In vier Jahren verjähren u. a. folgende Ansprüche:

1. Gehalts- und Wohnungsmiete, Pacht, sowie Mietzins für bewegliche Sachen, die von Verleihen verrentet worden sind; die solche Vermietungen nicht gewerbsmäßig betreiben.
2. Befolgungen, Ausgabeforderungen, Kuchegelder, Renten, Wartegelder, Unterhaltsbeiträge und überhaupt alle regelmäßig wiederkehrenden Leistungen.

Die Verjährung beginnt, wenn es sich um eine Leistung handelt:

1. Bei Ansprüchen, auf die die regelmäßige Verjährungsfrist zutrifft, mit der Entstehung des Anspruchs.
2. In den Fällen, die der zwei- oder vierjährigen Verjährungsfrist unterliegen, mit dem Schluß des Tages, in dem der Anspruch entsteht.

Die Kenntnis der Verjährungsfrist ist nicht erforderlich. Die Kenntnis der Verjährungsfrist ist nicht erforderlich. Die Kenntnis der Verjährungsfrist ist nicht erforderlich.

Das ist die einzige Hand! 10 PF.

Die m...  
 Stellung...  
 Der U...  
 jöhnes...  
 ter auf...  
 bestimmt...  
 wichtige...  
 Am E...  
 Sammlung...  
 einobmer...  
 geht gegen...  
 über ha...  
 einma...  
 nachgeh...  
 seit für...  
 Verband...  
 der. Der...  
 um eine...  
 Der 2...  
 Fran des...  
 die Seleg...  
 ten ab au...  
 Brief fin...  
 schlossen...  
 auf den l...  
 Kampf ge...  
 tette Per...  
 Von l...  
 gram au...  
 1. Die...  
 heur und...  
 2. Die...  
 zur Ausg...  
 nicht dazu...  
 B...  
 Das ist...  
 Zeile...  
 seinen...  
 Kreisl...  
 Werd...  
 konstitu...  
 der Sch...  
 wachsch...  
 mit allen...  
 wenn R...  
 die Ne...  
 Streif...  
 einen...  
 nehmer...  
 abbauff...  
 blauen...  
 tragen...  
 schließ...  
 in einer...  
 Gewerf...  
 nach eine...  
 In d...  
 Ein...  
 führung...  
 resolution...  
 die App...  
 reformist...  
 Der...  
 länger...  
 ung der...  
 Komite...  
 Arbeit...  
 he n die...  
 Substrat...  
 reformist...  
 für die...  
 Besch...  
 nisten...  
 sondern...  
 wer...  
 liden...  
 Gen...  
 wert...  
 tian...  
 be...  
 Das...  
 den An...  
 und Ein...  
 der rafa...  
 fa be u...  
 Kommu...  
 bewogen...  
 Ro...  
 wäh...  
 Ver...